



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919**

132 (20.3.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184461](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184461)

# Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Frig. Goldenbaum, Verantwortl. für Politik: Dr. Frig. Goldenbaum, für  
Familton: Hans Köhler, für Lokales: Anton Gröber, Druck und Verlag: Dr. David Dr. Hans Mann-  
heimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mittelstr. 10 Mannheim, Druck-Abt.: General-Anzeiger Mannheim,  
Polstsch-Kont. Nr. 1790 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7960 — 7966.

Badische Neueste Nachrichten  
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die 10. u. 11. Kolonne für den bloßen Bezirk 90 Pf., für auswärts 80 Pf., Finanz-  
Anzeigen 60 Pf., Resten 30 Pf. Anzeigen: Mittagsblatt vormittags 6 1/2 Uhr, Abendblatt nach-  
mittags 2 1/2 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Ermäßigung  
übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich 3 M., 2. — mit Frachtpost.  
Postbezugs: Dierfeld, III. 6.42 einjähr. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt 3 M., 5.70 einjähr. 10 Pf.

## Appell an Wilsons Gerechtigkeit.

Die „Oesterreichische Rundschau“, die jüngst den inter-  
essanten Briefwechsel zwischen Kaiser Franz Josef I. und  
Kaiser Wilhelm II. über die Demission Bismarcks veröffent-  
lichte, enthält in ihrer neuesten, soeben zur Ausgabe gelang-  
ten Nummer vom 15. März einen Aufsatz erregenden, glän-  
zend geschriebenen „Offenen Brief“ des jungen schwedischen  
Schriftstellers Egon Ecolius, eines Schülers Kjellens, an  
den Präsidenten Wilson. Ecolius, der auf deutschen und  
österreichischen Universitäten studierte, appelliert an Wilsons  
Gerechtigkeit und legt dar, wie sehr ein Volk, das einen  
Luther hervorgebracht, das Coëre und Mozart unter seine  
Söhne zählt, das Schatepeare eifriger pflegt als selbst die  
Engländer es tun, Ehrfurcht verdient, und daß seine  
Feinde ihm vielfach unrecht tun. Ecolius schreibt:

„Die Deutschen wurden ein Volk in Waffen, weil sie aus  
ihrer traurigen geschichtlichen Vergangenheit wußten, daß sie  
nur so ihre Einheit und Freiheit und damit ihre friedliche  
Kulturentwicklung vor abermaliger Vernichtung bewahren  
konnten. Der vielgeschmähte deutsche Militarismus war  
eine aus der geographischen und politisch-historischen  
Stellung Deutschlands sich ergebende Notwendigkeit,  
und dem friedliebenden deutschen Volke ist seine starke Rüst-  
ung gleichsam von selbst auf den Leib gewachsen, wie dem  
harmlosen Igel sein Stachelpanzer. Aber es ist, um bei dem  
Gleichnis zu bleiben, ebensowenig ein Raubtier, wie der Igel.  
Diesem würden seine Stacheln wenig helfen, wenn sich alle  
großen und kleinen Raubtiere gegen ihn verbünden würden.  
Dies war auch das traurige Schicksal des deutschen Volkes.  
Der deutsche Militarismus war defensiver  
Natur und entsprang seinem imperialistischen Trieb.“ Ecolius  
ist aber auch keineswegs blind gegen die Fehler der  
Deutschen. „Einer der größten dieser Fehler ist“ — wie Ecolius  
schreibt — „der bis zur wüsten Bevorzugung alles  
Fremden gehende Mangel an nationalem Stolz.“ Dieser Fehler  
hat aber auch seine Vorzüge, denn er bewirkt,  
daß Jingoismus, Chauvinismus und Imperialismus auf  
deutschem Boden nicht gedeihen. Sofern sie doch bei einer  
Minderheit Wurzel fassen konnten, sind sie vom Ausland im-  
portiert. Ecolius führt weiter aus, daß die Erhaltung  
Deutschlands im Interesse der Westmächte und  
Americas liegt. „Solange Deutschland“ — sagt er — „im  
Osten etwas gibt, hat es auf die slavischen Völker mächtig  
gewirkt. Jetzt, wo Deutschland am Boden liegt, fallen diese  
Völker nicht nur über die Deutschen, sondern auch gegenseitig  
übereinander her. Ganz Osteuropa ist in einen barbarischen  
Zustand der Gewalttätigkeit zurückgefallen, der das mittel-  
alterliche Faustrecht wieder aufleben läßt und in blutigen  
Judenverfolgungen seine widerlichen Orgien feiert. Pogroms,  
wie sie sonst nur im dunkelsten Rußland möglich waren,  
sehen wir jetzt in Polen, Galizien, Tschecho-Slowakien sich  
ausbreiten und immer weiter nach dem Westen vordringen.  
Und auch der Bolschewismus, der jetzt in Rußland sein  
Schreckensregiment führt, wird bald Europa überfluten und  
die ganze Welt bedrohen, wenn der einzige Schutzwall gegen  
ihn, ein starkes Deutschland, zerstört wird. Wird aber  
das deutsche Volk durch Aushungerung und wirtschaftliche  
Erdrosselung an den Rand der Verzweiflung gebracht, so muß  
es selbst in diesem asiatischen Chaos verinken, und mit  
ihm ganz Europa, die ganze Welt.“ Ecolius' Ruf nach Ge-  
rechtigkeit ist daher — wie er schließt — ein Warnungsruf  
an die Sieger, sich nicht im Siegesrausch selbst  
zu vernichten.

## Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 19. März. (WB.) Sitzungsbericht der Waffen-  
stillstandskommission in Spa vom 18. März 1919. Die En-  
tente hatte wie bereits mitgeteilt wurde, angekündigt, daß sie  
über Hamburg auf dem Elbeweg und über Mannheim durch  
die Eisenbahn Lebensmittel nach Prag befördern werde. Die  
Kontrolle der Transporte sollten alliierte und tschecho-slowa-  
kische Behörden übernehmen. In einer Note teilte der deutsche  
Vorsitzende den Alliierten heute mit, daß die Lebensmittel nur  
auf der Elbe über Hamburg nach Prag befördert werden  
könnten. Der Eisenbahnweg ab Mannheim oder  
Frankfurt a. M. müsse wegen des gegenwärtigen Zustan-  
des der deutschen Verkehrsmittel als undurchführbar  
abgelehnt werden. Für die Transporte auf dem Wasser-  
wege werde Deutschland die Verantwortlichkeit bis zur Grenze  
übernehmen, ausgenommen für solche Verluste, bei denen ein  
deutsches Verbrechen nicht vorliege. Eine Kontrolle der  
Transporte durch die alliierten und tschecho-slowakischen Or-  
gane innerhalb Deutschlands sei demnach überflüssig  
und könne nicht zugestanden werden. Fracht wie Umschlags-  
kosten müssen in englischen Pfund oder amerikanischen Dollar  
bezahlt werden und diese Beträge Deutschland für den Ankauf  
von Lebensmitteln zur Verfügung stehen.

General v. Hammerstein erhob in seiner Note förm-  
lichen Einspruch dagegen, daß die Gegner während der letzten  
Zeit Forderungen an Deutschland in der Weise übermittel-  
ten, daß kurzer Hand eine Entscheidung der alliierten Regie-  
rungen in der betreffenden Frage mitgeteilt wurde. Diese  
Form sei wie der deutsche Vorsitzende hervorhob, umso un-  
gewöhnlicher, als es sich dabei meist um Forderungen handele,  
die über die Bedingungen des Waffenstillstandes hinaus-  
gingen. Von Hammerstein sprach die Erwartung aus, daß die  
Form, wie sie unter gleichberechtigten Staaten angesetzt ist,  
in Zukunft gewahrt werde. Er erinnerte daran, daß er be-  
reits früher einmal darauf hinweisen mußte. Roudant  
erwiderte, er werde sich Mühe geben, daß dieses Vorkom-  
nis sich nicht wiederhole.

In einer weiteren Note brachte General von Ham-  
merstein die Tatsache zur Sprache, daß am 15. März fran-  
zösische Soldaten unter Nichtachtung der seit Monaten be-  
stehenden von beiden Seiten anerkannten Abgrenzung der  
neutralen Zone den Stadtteil Rödelheim der Stadt  
Frankfurt a. M. betreten und auf neutralem Boden Tafeln  
aufbrachten, die den Durchmarsch verboten. General von Ham-  
merstein ersuchte die Angelegenheit aufzuklären und ge-

gebenenfalls einzugreifen, damit die auf Grund des  
Waffenstillstandes getroffenen Vereinbarungen inne gehalten  
werden.

Auf die deutschen Vorschläge zur Beschleu-  
nigung des Postverkehrs mit den deutschen  
Gefangenen in den Ententeländern teilten die Alliierten  
mit, die Frage der an die deutschen Gefangenen gerichteten  
Briefe werde geprüft. Die Zensurvorschriften für diese  
Briefe seien bereits gemildert worden, wodurch sich wahr-  
scheinlich eine schnellere Beförderung ergeben werde. Der  
deutsche Vorschlag, die Briefe für die in England befindlichen  
Gefangenen direkt und nicht auf Umwege nach England zu  
befördern, sei auf längere Zeit undurchführbar, da der Post-  
verkehr der im ehemals besetzten belgischen und französischen  
Gebiet infolge der Zerstörung der Eisenbahn überlastet sei.  
Nur Briefe aus und nach dem unbesetzten deutschen Gebiet  
würden jetzt direkt übermittelt.

Entsprechend dem deutschen Gesuche hat Frankreich sich  
bereit erklärt, das heimzubefördernde deutsche Sani-  
tätspersonal nach Köln zu leiten und die Ankunft  
6 Tage vorher mitzuteilen.

Die Heimbeförderung, aber nicht Auswei-  
sung der Chinadeutschen sei wie die Alliierten auf  
den deutschen Protest mitteilten, von der chinesischen Regierung  
beschlossen worden: der Abtransport habe bereits be-  
gonnen. Für die Millionäre würde keine Ausnah-  
me gemacht werden, der französische Vertreter sei jedoch ermächtigt  
worden, einzelne deutsche Angehörige von Millionen, die unter  
alliiertem Schutz stehen, dort zu belassen. In diesen Fällen  
müßten jedoch besondere Sicherheiten für die Gefinnung und  
Haltung der betreffenden vorhanden sein.

## Das Brüsseler Abkommen.

### Zur Fahrtverweigerung der Hamburger Seelente.

Berlin, 20. März. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der  
Nachricht von der Weigerung der Hamburger Seelente,  
mit den Lebensmittelschiffen auszufahren, erfahren  
wir nach folgenden: Der bekanntgegebene Beschluß wurde in einer  
fast 2000 Mann starken Versammlung gefaßt, die sich zum  
größten Teil aus Arbeitlosen und Arbeitslosen  
zusammensetzte. Es kam zu tumultuarischen Ausbrüchen. Infolgedessen  
erscheint die Beschlußfassung fraglich, da sich viele Angehörige  
des Seemannsbundes zur Ausfahrt bereit erklärt  
haben. Hinzukommt, daß der gesamte Transportarbeiterverband den  
Einigungsvorschlag der Regierung angenommen hat. Infolge der  
radikalen Auffassung des Seemannsbundes besteht die Gefahr, daß  
die von der Entente für Amerikasfahrer und für Schiffe mit deutscher  
Besatzung zugelassenen KonzeSSIONen zurückgezogen werden. Die  
Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern des Seemanns-  
bundes haben heute früh zu einem Entgegenkommen der  
Seelente geführt, das in folgende Punkte präzisiert wurde:  
1. Die Seelente verzichtet auf Schiffe mit Truppentransporten zu  
fahren; 2. die Entente soll auf keinen Frachtdampfern fünfzig  
Prozent deutsche Besatzung lassen. Diese zweite Forderung  
ist deshalb unerfüllbar, weil die Entente den Schiffahrtsvertrag  
bereits festgelegt hat und keinesfalls in eine Änderung einwilligen  
würde. Die Vollversammlung des Seemannsbundes hat zu diesem  
Beschluß keine Stellung genommen. Falls es nicht gelingt, in  
weiteren Verhandlungen den Standpunkt des Seemannsbundes  
dahin zu ändern, daß im Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes  
vor allem die Lebensmittellieferungen sichergestellt werden, steht zu  
befürchten, daß die gesamten Lebensmittel- und  
Handelsabkommen seitens der Entente zurück-  
gezogen und damit die Möglichkeit großer innerer Unruhen ge-  
schaffen wird. Es ist notwendig, daß das deutsche Volk einmütig da-  
gegen Einspruch erhebt, durch den Terrorismus einer ge-  
ringen Minderheit auf unbestimmte Zeit die Festigung seiner  
inneren Verhältnisse zu gefährden.

Am Gegenjah zu den Hamburger erklärten sich die Bremer  
Seelente mit den Bedingungen einver-  
standen und zur Abfahrt bereit.

## Beginn der Verforgungsmassnahmen für das besetzte Gebiet.

m. Elberfeld, 20. März. (Priv.-Tel.) Die Verforgungs-  
massnahmen der britischen Militärbehörden für das von ihnen  
besetzte Gebiet haben, wie die Internationale Telegraphen-  
agentur meldet, in gewissem Umfang bereits eingeleitet. An  
die Krankenanstalten wurden aus den militärischen  
Beständen Büchsenfleisch, Zwieback und andere Konserven ge-  
liefert. Des weiteren wurden die Arbeiter und Ange-  
stellten größerer im Dienste der Befehlungsbehörden stehen-  
der Firmen mit Lebensmitteln beliefert. Von nun an sollen die  
minderbemittelten Bevölkerungsklassen ebenfalls Nahrungsmittel erhalten. In Bonn zum  
Beispiel wird auf den Kopf der Bevölkerung dieser Schichten  
wöchentlich zwei Pfund Büchsenfleisch drei  
Monate lang geliefert. Außerdem erhalten jene Orte, wo Kar-  
toffelmangel herrscht, einige Pfund pro Kopf und  
Woche. Die Nahrungsmittel werden von den britischen Be-  
hörden zu Selbstkostenpreis abgegeben. Die Preise  
erreichen nicht einmal die Hälfte der Schleichhandels-  
preise, die dadurch erheblich zum Sinken gebracht  
werden dürften.

## Chamberlain für Aufhebung der Blockade.

Amsterdam, 20. März. (WB.) In der gestrigen Sitzung  
des englischen Unterhauses erklärte Chamberlain während der  
Debatte über die Finanzlage, je eher die Blockade aufgehoben  
werden könne, umso angenehmer sei es für die Al-  
liierten, denen es willkommen wäre, wenn Deutschland  
einen Teil seiner Verforgung von den neutralen Ländern be-  
ziehen könnte.

## Das Kallabkommen mit England.

npt. In dem zu Rotterdam abgeschlossenen Kallabkommen ist ver-  
einbart, daß Deutschland zur teilweisen Bezahlung seiner Lebensmittel-  
bezüge an England 20 000 Tonnen Kallsche zu liefern hat. Wenn  
man erwägt, daß England im letzten Jahre vor dem Kriege nur  
19 000 Tonnen und im Jahre vorher nur 9500 Tonnen Kall aus  
Deutschland eingeführt hat, so erkennt man, wie außerordentlich der  
Kallbedarf in England infolge des Krieges und der damit in Zu-  
sammenhang stehenden Ausdehnung der Anbauflächen von Brot-  
getreide gestiegen ist. Man erkennt aber auch weiter daraus, daß alle  
Versuche zur Begründung einer heimischen Kallindustrie in England  
erfolglos gewesen sind, worüber Sachleute im voraus nicht im Zweifel  
waren. Denn gegenüber den großen deutschen Kallagern sind hollän-  
dische Kallindustrien nicht mehr wettbewerbsfähig. Den Wert der an

England zu liefernden 20 000 Tonnen Kall kann man mit 13 Mil-  
lionen Mark annehmen. Damit ist also nur ein sehr geringer Teil  
unserer Lebensmittelbezüge bezahlt. Es wird aber zweifellos ein  
Kallabkommen mit Amerika erfolgen, denn auch dort  
herrscht größter Mangel an Kall. Frankreich hat erklärt, daß es die  
Erzeugung der eisfälligen Kallwerke einstellt für seine eigene  
Landwirtschaft notwendig braucht und daher nichts auszuführen in  
der Lage ist. Die deutsche Kallindustrie wird also den großen Bedarf  
der Welt bis auf weiteres allein zu decken haben. Voraussetzung  
dafür ist, daß die Werte ausreichend mit Rohle beliefert werden, und  
daß Transportmittel zur Abfuhr der Salze vorhanden sind. Welche  
Voraussetzungen waren in den letzten Monaten nicht vorhanden.  
Kaum eine deutsche Industrie wäre in solchem Umfang wie die Kall-  
industrie in der Lage, unsere Nahrungsmittelverforgung durch Er-  
leichterung der Einfuhr und durch Steigerung der eigenen Erzeugung  
zu fördern. Es bleibt abzuwarten, ob diese Erkenntnis endlich auch  
in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft Platz greift.

## Die Friedenskonferenz.

### Die Rheinfragen.

c. Von der Schweizer Grenze, 20. März. (Privat-Tel.)  
Die „Presseinformation“ meldet: Die Frage der Internatio-  
nalisierung des Rheins ist erneut in der Konferenz behandelt  
worden und wird nächster Tage bei Beratung der Festlegung  
der Westgrenze Deutschlands endgültig erledigt. Es  
besteht zur Zeit eine ungedingte Mehrheit für die freie  
Schiffahrt auf dem Rheine für alle Staaten, wäh-  
rend Frankreich ein Protektorat von Mannheim  
bis Basel fordert. Es wurde in der Konferenz erklärt, daß  
auch die Neutralen ein großes Interesse an der freien Rhein-  
schiffahrt hätten. Frankreich verfocht allerdings mit der  
Rheinfrage gleichzeitig die Errichtung der Rhein-  
republik. Hierzu erklärten französische Politiker, daß die  
Rheinrepublik kommen werde, wenn es gelänge, den Fried-  
densschluß etwas hinauszuziehen.

Die Basler Nachrichten melden aus London: Times be-  
richtet aus Paris, die französische Regierung habe neuerdings  
erklärt, sie denke nicht daran, das linke Rheinufer zu annektieren.  
Sie schein auch auf die Errichtung eines unabhängigen  
Staates verzichtet zu haben. Dagegen verlangt jetzt Fran-  
reich die Besetzung der Rheinbrücken durch Truppen  
der Alliierten auf unbestimmte Zeit. Der Sondervertreter  
der Times fügt hinzu, es werde wohl sehr schwierig sein, diese  
Maßregel durchzuführen, ohne auf dem linken Rheinufer  
mindestens für die Dauer der Besetzung einen unabhängigen  
Staat zu schaffen.

## Das Ende der türkischen Selbständigkeit.

Paris, 19. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Die  
Türkei will sich mit Haut und Haaren den Entente-  
mächten ausliefern, und wenn die türkische Frage  
demnach auf der Pariser Friedenskonferenz durchgebracht  
sein wird, wird nicht mehr viel von der türkischen Selbstän-  
digkeit übrig bleiben. Die Lösung der türkischen Frage wird  
für die Konferenz keine großen Schwierigkeiten bieten, denn  
das, was die Türkei anbietet, ist so viel, daß sich die weit-  
gehendsten Forderungen der Entente sozusagen von selbst ver-  
wirklichen.

Der türkische Minister des Auswärtigen Ahmed Riza Bey,  
der schon seit längerer Zeit in Paris weilte, hat ein  
Projekt zur Reorganisation der Türkei ausgear-  
beitet und vorgelegt, das in seinen Grundzügen folgender-  
maßen lautet: Die Türkei beabsichtigt ein Bündnis mit  
Frankreich und England der Art, daß die türkische  
Regierung durch eine französisch-englische Kommission kon-  
trolliert wird. Dem Sultan soll ein Delegierter beigegeben  
werden, der für die sofortige Ausführung der Reform Sorge  
zu tragen hat und von Sachverständigen beraten wird, die  
von den Ententemächten beigegeben werden sollen. Die Tür-  
kei bewilligt den Ententemächten weitgehende Kon-  
zeSSIONen zur Ausbeutung der Bodenschätze  
des Landes.

Die türkische Polizei soll unter Führung der Entente-  
mächte reorganisiert werden und ihrer Leitung unterstehen.  
Demgegenüber verlangt die türkische Regierung nur die Auf-  
hebung der Kapitulationen, die durch ein neues juristisches  
System nach europäischem Muster ersetzt werden sollen. Die  
jetzige Verfassung soll aufrecht erhalten, die Gesetze jedoch ver-  
bessert werden.

Die Frage von Konstantinopel tritt in diesem  
Projekt in den Hintergrund. Es scheint auch, als ob die En-  
tentemächte kein politisches Interesse mehr an Konstantinopel  
haben und es nur noch als wichtigen Berührungspunkt zwi-  
schen Orient und Okzident und als Umschlagsplatz für den  
Balkanaustausch betrachten. Die Lösung der Frage, ob Kon-  
stantinopel internationalisiert werde oder in den Besitz einer  
kleinen Macht übergeben soll, die im Auftrag des Völkerbun-  
des die Rolle eines Verwaltungsorganes zu übernehmen  
hätte, wird unter diesen Umständen keinen großen Schwierig-  
keiten begegnen.

## Die Schwierigkeiten in England.

Unstreitig macht England im Augenblick eine nicht un-  
bedeutliche soziale Krise durch. Noch am 18. März wurde  
gemeldet, Lloyd George habe beschlossen, in Paris zu bleiben.  
Nach Londoner Presseinformationen, die heute über die  
Schweiz kommen, soll er sich doch auf dem Wege nach  
London befinden. Er habe Bonar Law zunächst nach  
Paris kommen lassen, um zu sehen, ob die Schwierigkeiten  
in London nicht ohne ihn geregelt werden könnten, da seine  
Anwesenheit in Paris durchaus notwendig sei. Aber die  
Lage in England habe sich inzwischen so verschlimmert,  
daß die Regierung ihre letzte Hoffnung auf den persönlichen  
Einfluß des Ministerpräsidenten sehe. Wir werden wohl bald  
weiteres hören. Auch die Neue Zürcher Zeitung glaubt die  
Abreise Lloyd Georges bestätigen zu können, sie sei die un-  
mittelbare Folge der schweren innerpolitischen  
Krise in Großbritannien. Die Bergleute und  
Eisenbahner beharren auf ihrer Forderung der Ver-  
staatlichung der Gruben und Verkehrsmittel. Der Ausbruch  
des Dreibündnerstreiks (Gruben-, Transport- und Eisen-  
bahnarbeiter) würde ganz England lahm legen.

Wie ist nun im Augenblick unter der Einwirkung der Arbeiterausstände, die ausgesprochen politische Färbung tragen, die Lage?

Die Grubenarbeiter beharren trotz allem Zureden der Regierung auf ihrer Forderung von 30 Prozent Lohnzuschlag und Verstaatlichung der Gruben, was Lloyd George nicht zuerkennen kann, ohne zu riskieren, daß die starke konservative Partei im Unterhaus aus der Koalition austritt.

Unter den Eisenbahnarbeitern sind über 90% für den Streik. Die Verhandlungen mit den Führern der Arbeiter haben keinen Zweck, da diese selbst sagen, daß sie alle Macht über ihre Leute verloren haben. Am morgigen Freitag soll die endgültige Abstimmung stattfinden.

Der Führer der Eisenbahner, Thomas, erklärte, die Lage könne nicht länger werden. Thomas führte im Briefe Dispaich aus, daß sehr bald Parlamentswahlen stattfinden werden, die eine kräftige Arbeiterregierung ans Ruder bringen werden. Das ist zwar nicht ohne weiteres sicher, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die Koalition über die Streikfrage stürzt. Dann kommt es zu einer Kraftprobe zwischen den Konservativen — welche die rückichtslose Ausnutzung des Sieges verlangen, ferner die Unterstützung der Franzosen durch die dünn, keinen Völkerverbund, sondern Vorkherrschaft der Engländer auf Grund ihrer Flotte und den Reichshauptroll nach dem Plane Chamberlains — und der Arbeiterpartei, die sich in der Hauptsache auf den Standpunkt der 14 Punkte Wilsons stellen wird. Man darf dabei nicht übersehen, daß die Stimmung in England seit den letzten Wahlen gewaltig umgeschlagen ist.

Badische Landesversammlung.

11. Öffentliche Sitzung.

Herrn Kopp eröffnete um 9 Uhr 20 Min. die Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte der Berichterstatter Abg. Lehner eine Unannehmlichkeit in seinem Bericht enthaltenden geschichtlichen Darstellung fest, die von Oberbürgermeister Siegart berichtigt wurde, demnach habe sich der Stadtrat nicht dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt. Dann trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Herrn Dr. Glöckner (Dem.).

Der sozialdemokratische Redner hat uns in seinen Reden, die keiner von uns erleben wird, in Zeiten, in denen wir das Paradies auf Erden haben. So verlockend es wäre, wie Herr Dr. Glöckner sagt, die Schätze der Männer zu bewahren, die vor 70 Jahren unter dem schwarz-rot-goldenen Banner für die Republik gekämpft haben, will ich es nicht tun, um den Gang der Verhandlungen zu beschleunigen. Die deutsch-demokratische Partei will dem Verfassungskomitee zustimmen, obwohl nicht darin alle ihre Wünsche erfüllt sind. Die Wünsche sind nicht so schwer empfunden worden, von einer Ausnahme abgesehen, daß wir nicht für die Verfassung eintreten könnten. Mit voller Einmütigkeit stellen wir uns auf den durch die Verhältnisse gegebenen Boden, wenn auch manchmal der Bruch mit der monarchischen Staatsform schwer gemordet ist. Wir halten die verfassunggebende Nationalversammlung für ausübend, dem Land eine Verfassung zu geben, eingeschränkt durch das Reich, das nach wie vor Geheiß zu geben hat.

Die Verfassungsentwürfe hätte bei der vorläufigen Erörterung des Großherzogs die Bemerkung gemacht, die verfassunggebende Nationalversammlung werde es vorzuziehen, über die Staatsform zu beschließen. Gleichwohl hatte keine Erörterung darüber in dem Ausschuss stattgefunden, nachdem die großen Parteien sich bereits vorher auf dem Boden der demokratischen Republik gestellt haben. Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir uns auf den Boden der demokratischen Republik stellen. Wir wollen aber dabei der Dankbarkeit unserem früheren Fürstendhause gegenüber Ausdruck verleihen. Die Gestalten Großherzog Friedrich II., Friedrich I. und der Großherzogin Luise werden in Baden nicht vergessen werden. Die Auseinandersetzung mit der großherzoglichen Familie erfordert, daß wir das Geheiß verabschieden, das uns gestern zugesagt ist. Wir betonen unsere Zugehörigkeit zum Reich. Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der wir den Unitarismus ablehnen, bekennen wir uns auch in Zeiten der Not zu dem Reichsgedanken, darin dürfen aber die der Not zu dem Reichsgedanken, darin dürfen aber die auch bei dem Steuerwesen werden wir zu Opfern bereit sein müssen. Bei den militärischen Anwesenheiten waren wir der Meinung, daß das Wort „selbständig“ zu streichen gewesen ist, denn es ist fraglich, ob die Reorganisation des Reichsheeres ein selbständiges badisches Heer bestehen läßt. Die Militärkonvention mit Preußen ist erledigt. Die Vermählung dieser Konvention auf dem letzten Landtag war nur veranlaßt durch eine falsche Auslegung, sie war aber ein Ausfluß des Geistes von 1870/71.

Wir begrüßen die Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten gegen die Bergewaltigungen durch rücksichtslose Arbeiter.

Wir stimmen der Verhältnismäßigkeit zu, die bereits vor 30 Jahren in diesem Hause von dem nationalliberalen Abg. von Feder gefordert wurde. Den Bedenken wegen der Stimmrechte ist Rücksicht getragen worden durch Zusammenwerfen der Stimmrechte. Auch die Volksinitiative und das Referendum sollen die Rechte der Minderheit schützen. Wir haben gewünscht, daß die Zahl der Volksinitiatoren auf 50 Proz. herabgesetzt würde statt 80 Proz., trotzdem begrüßen wir die Volksinitiatoren als einen Schutz der Minderheit. Hierzu gehört auch das Anzuchtverbot des Landtages. Weiter hatten wir das Recht der Ministerkonkurrenz in einer Form verlangt, die in der zweiten Lesung in der Kommission fiel. Die Forderung, daß die Vertretung der Berufsstände und der Hochschulen vor der Verfassung von Gesetzen gebildet werden sollen, ist nicht zustande gekommen, dadurch wäre der Landtag bei seinen Arbeiten wesentlich erleichtert worden. Ich hoffe, daß der gesunde Kern doch durch ein Geheiß Anerkennung erhält. Im Wahlkampf haben wir den Standpunkt vertreten, daß an dem Verhältnis von Staat und Kirche nicht gerüttelt werden darf. Wir wollen uns damit gegen die Trennung von Staat und Kirche wenden. Durch die Arbeiten der Kommission wird manches von Staat und Kirche einberührt, aber nicht der Art, daß man von einer Trennung von Staat und Kirche sprechen kann. Ebenfalls haben die Änderungen das grundsätzliche Verhältnis von Staat und Kirche nicht berührt. Die Dotationen sind gesichert, die Realien der Patronatsrechte sichern der evangelischen Kirche die freie Pfarrernwahl. Der Religionsunterricht soll in der Schule erhalten bleiben. Der Forderung der Unparteilichkeit des Schulunterrichts stimmen wir zu und hoffen, daß er später auch auf die Hochschulen übertragen werden kann. Wir sind uns bewußt, daß mit der Annahme der Verfassung nur der erste Schritt zum Aufbau des Staates geschehen ist, daß die Verfassung in sozialem Geiste gehandhabt wird. (Beifall.)

Herrn Dr. Mayer-Karlsruhe (Deutschl.).

Wir sind nicht nur der Obrigkeitsstaat, sondern auch die Obrigkeit los geworden. Jetzt werden wir nur noch durch Gewohnheit zusammengehalten. Was jetzt noch da ist, sind Trümmer. Die Voraussetzungen der Ordnung fehlen, denn wir müssen den Staat erst schaffen. Für Disziplin und Autorität muß gesorgt werden. Denn im Volk besteht das Empfinden, daß es im Staate nicht ohne Autorität geht. Nun erleben wir manche Staatsfrage. Wir werden rationalisiert und müssen Steuern bezahlen, aber eine Regierung haben wir doch nicht. Es vergeht kein Tag, daß nicht ein Tumult entstehen kann, dem die Regierung machtlos gegenübersteht. Abg. Dieß war wohl bei seinen Ausführungen beabsichtigt durch eine Schrift des englischen Philosophen Herbert Spencer. Aber die Engländer haben sich von dieser Schrift nicht beeinflussen lassen. Sie haben ihren Staat weiter gebaut ohne Rücksicht auf ihre Philosophen. Das wollen auch wir tun. Heute regiert auf uns aber nicht das Volk, nicht die Nationalversammlung, nicht die Regierung, sondern sonst wer. Im Volke will

man aber eine Regierung haben. Ohne Souverän mag es gehen, aber ohne Regierung nicht. Wo aber eine Regierung ist, ist auch eine Obrigkeit. Da sind Autorität, und da wäre es auch gut, wenn das in der Verfassung Ausdruck fände. Den Staat können wir durch die Verfassung nicht schaffen. Sie ist nur das Mittel dazu. Denn auch hier ist es der Volk, der sich den Körper baut. Zweierlei ist es, was uns die Geschichte vorhält: die Einmütigkeit und die Pflicht der Dankbarkeit gegenüber den Vätern des Christentums, das durch seine Bistumslosigkeit bei uns einen edlen Wettbewerb zwischen den Bekenntnissen bringt. Das Christentum darf aber nicht nur im Unterbewußtsein sein, auch der Staat hat ein Interesse daran, daß es lebendig ist. Der Staat, der jetzt durch Deutschland geht, ist dem Bekenntnis zum Deutschtum und zum Christentum nicht günstig. Deshalb müssen wir es hier vornehmen. Wenn man uralte Verträge auf geschicklichem Geistes machen will, dann folgen wir: Zum Verfassungsentwurf ist das deutsche und das badische Volk zu gut!

Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir in der Festlegung unserer Staatsfunktion keinen Fortschritt erblicken. Ich will dem alten Staatswesen kein Schwammklein lassen, aber es vor ein Staat der Ordnung und der Wohlfahrt und ein Versteck mit der demokratischen Republik kann die konstitutionelle Monarchie wohl aushalten. Wenn es nicht mit dem Verhältnis des Parlamentarismus zu dem Konstitutionalismus. Wir empfehlen die Billigkeit, uns als Staatsbürger zu betätigen und werden beiseite aufstehen gegen die Gefahren, die durch die Verfassung drohen, gegen die Arbeiterwirtschaft und gegen die Interessen der Parteien. Ich halte es für ein Glück, daß der Schutz des Privatigentums in der Verfassung ausgesprochen ist. Eine Sozialisierung, wie sie von den Sozialdemokraten verlangt wird, ist gefährlich. Etwas anderes ist die soziale Fürsorge, für die wir stets warm eintreten werden. Die alte deutsche Vorstellung, daß manche Geschäfte für die Allgemeinheit bewirtschaftet werden können, hat nichts mit Sozialisierung zu tun. Eine Sozialisierung lehnen wir ab, da wir die Lückhaftigkeit der Geschäftsführung, der Industrien, der Handwerker und der Landwirte nicht lächeln wollen. Der § 19 der Verfassung hat unseren Beifall nicht, weil durch ihn die Kirchengemeinschaften nicht vor Willkür sicher gestellt werden.

Wir bedauern es, daß man kein besonderes Staatsoberhaupt geschaffen hat. Das Reichen einer ersten Kammer ist auch ein Mangel in der Verfassung, zumal wichtige Gründe, wie Verträge und Konventionen nicht in unserer Reichskammer vertreten sind. (Beifall rechts.)

Herrn Willemann (Str.): Die Vollen zur Nationalversammlung haben erachtet, daß das Zentrum die größte Partei des Landes ist. Trotzdem mühen wir, daß wir die Verfassung nicht allein machen können. Wir haben darum in der Kommission mitgearbeitet und dort manches durchgesetzt. Wir streben dabei eine soziale Demokratie an, nicht eine sozialistische Demokratie. Wir haben uns auch Mühe, die Verfassungsentwürfe in eine Form zu geben, daß man sie als Volksgesetz lesen kann. Wir wollen eine badische Verfassung innerhalb des Deutschen Reiches und wenn wir gute Badener sind, sind wir auch gute Deutsche. Wir werden uns gegen die Annexion des Oberrheinlandes durch die Franzosen einen kühnen Widerstand leisten. (Beifall.) Mit den Arbeiter- und Soldatenräten muß man Geduld haben, wenn das souveräne Volk sich eine Verfassung ersehen hat. Deshalb werden wir mit allen erlaubten Mitteln eintreten für die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Redner geht dann näher auf die einzelnen Kapitel der Verfassung ein und führt dabei aus: Das verdienen die Beamten, die während der Revolution ihre Pflicht getan haben. Eine Beamtenmaß, wie sie von Unionsarbeitern wird, würde schwere Nachteile im Gefolge haben. Dagegen sollen die Beamten das Konstantverdienst haben. Das Prinzip der Beamtenmaß ist nicht durchzuführen. Mit der Einleitung zur Verfassung für die Allgemeinheit sind wir einverstanden und stehen dabei auf dem Boden des Sozialismus. Wir vertreten hier den Standpunkt, den Papst Leo XIII. in seiner Enzyklika „rerum novarum“ gegeben hat. Wir wollen einen Mittelweg zwischen Sozialismus und Sozialismus haben, den Sozialismus. Die Zeit verlangt den Kampf gegen den Kommunismus und Sozialismus. Doch die Gefahren über die Religion, die Dr. Dieß vertreten hat, nicht abzuwehren der Sozialdemokratie sind, bedauern wir. Der § 19 findet keinen Beifall. Wir bitten erachtet, daß der Religionsunterricht in der Schule bis zum 14. Lebensjahre in der Verfassung verankert wird. Wir die Erhaltung der Religion in der Schule werden wir mit allen Mitteln einlegen. Besonders betonen müssen wir die Einwirkung der kirchlichen Spinnweben. Den Lehrern gegenüber muß aufgeschlossen werden: Die Lehrer sind der Kinder wegen, nicht die Kinder der Lehrer wegen da.

Gegen die Ueberfüllung der höheren Schulen und die Achtung gelehrten Proletariats muß eingeschritten werden. Die Universitäten müssen reformiert werden, dabei müssen die theologischen Fakultäten erhalten bleiben. Von der badischen Verfassung soll man sagen können, daß sie freiheitlich ist. Aber auch hier ist der Satz: An Gottes Segen, ist alles gefesselt. (Beifall im Zentrum.) Hier wurde abgebrochen. Der Präsident teilt mit, daß während der Sitzung eine demokratische Interpellation über die Beleuchtungsnot eingebracht sei.

Nächste Sitzung heute nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Badische Verfassung. Schluß 12.35 Uhr.

Letzte Meldungen.

Berlin, 20. März. (Von unserm Berliner Büro.) Aus Hamburg wird gemeldet: Die Gefährdung der deutschen Lebensmittelversorgung, die durch den gestrigen Beschluß des Deutschen Seemannsbundes in Hamburg mit seiner Weigerung die deutschen Lebensmittelgeschiffe ausfahren zu lassen, herbeigeführt wird, hat in Hamburg, namentlich in Reedertreisen, große Aufregung hervorgerufen. Vor allem bestritten man dem Seemannsbund das Recht, im Namen der Seeleute aller Chargen zu sprechen. Umfast doch der Seemannsbund nur einen kleinen Teil wirklicher seefahrer Leute, die schon vor dem Krieg auf deutschen Handelsschiffen ihrem Beruf nachgegangen sind. Außerdem sind die Schiffsoffiziere und die gesamten Rautiker nicht in dem Seemannsbund vertreten und sie weisen auch bereits die Annahme des Seemannsbundes, im Namen aller Seeleute zu sprechen, aufs schärfste zurück.

Der Ausschuss deutscher Rautiker und technischer Schiffsoffiziere, in dem der Verband deutscher Seeschiffsoffiziere, der Verein deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, ferner der Verband deutscher Schiffingenieur und der Verband technischer Schiffsoffiziere vereinigt sind, sowie die gewerkschaftlichen, in der Sektion Seeleute des deutschen Transportarbeiterverbandes organisierten Seeleute erklären sich trotz der ungemessen harten Behauptungen des Brüsseler Abkommens im Interesse der Lebensmittelbeschaffung für das deutsche Volk bereit, mit den deutschen Handelsschiffen in See zu gehen. In einem noch in später Nachtstunde erteilten Rundfunk weisen sie die deutschen Seeleute auf die unabweisbare Verantwortung hin, die sie mit ihrer Einstellung übernehmen. Man hofft in Reedertreisen, daß bei der überwindenden Mehrheit unserer Seeleute die bessere Einsicht die Oberhand behalten wird.

Straßenfundgebungen in Paris.

c. Von der Schweizer Grenze, 20. März. (Privat-Tele.) Die Pariser Blätter melden aus Straßburg: Ein Dekret des Militärgouverneurs verbietet alle Streiks im besetzten Gebiet. Fabriken, die Streikende wieder einstellen, werden unter Zwangsverwaltung der Militärbehörde gestellt.

Der „Globe“ berichtet, daß bei Straßburg Fundgebungen in Paris am letzten Sonntag 30 Personen verhaftet wurden. Die in den Pariser Fabriken angelegene Aufforderung zum Generalkrieg für den 30. März wurde auf militärische Anordnung hin entfernt.

Reise Kautsky's zu den Bolschewisten.

Kautsky, der Theoretiker der Unabhängigen, reist in den nächsten Tagen nach Moskau, um sich an Ort und Stelle über den Bolschewismus zu informieren. Seine Reise erfolgt als Mitglied der Sowjet-Studentenkommission der internationalen

Sozialistenkonferenz von Bern, die es beabsichtigt absehn, zum Bolschewismus Stellung zu nehmen, ohne genaue Kenntnis seiner Ziele und Arbeiten.

Wien, 20. März. (M. B.) In der Meldung, daß der frühere Kaiser von Österreich den Schweizer Bundesrat um die Erlaubnis zum Aufenthalt in der Schweiz ersucht, wird unrichtig mitgeteilt: Das Ersuchen ist mit dem Willen der deutsch-österreichischen Regierung erfolgt, die sowohl im Interesse der Republik als auch im Interesse der österreichischen Sicherheit des Kaisers es für wünschenswert hält, daß der Kaiser seinen Aufenthalt im Ausland nimmt. Selbstverständlich wird im Falle der Abreise des Kaisers nach der Schweiz dafür Sorge getroffen werden, daß dieser Anlaß von niemanden zur Verleumdung von Wien in Russland mißbraucht werden kann.

Warschau, 19. März. (M. B.) Haas. Es wird mitgeteilt, daß die Verteidigung der Stadt Lemberg gute Fortschritte macht.

Warschau, 19. März. (M. B.) Haas. In Warschau wurden bolschewistische Angriffe abgewiesen. Die bolschewistische Polono-Kassa wurde gegen Angriffe behauptet.

Stockholm, 19. März. (M. B.) Nach einer Meldung der russischen Presse hat die Sowjetregierung bekannt gegeben, daß die Sowjettruppen in Japan gerückt sind und sich zurückgezogen haben. Die ukrainischen Sowjettruppen haben Schitomir besetzt.

Bestura ist aus dem Direktorium ausgetreten, hat aber den Posten des Oberkommandierenden beibehalten.

Liban, 19. März. (M. B.) Die russische Presse meldet, daß die Regierung der ukrainischen Sowjetrepublik am 15. März ihren Sitz von Charlow nach Kiem verlegt hat.

Handel und Industrie.

Zur Lage des badischen Weinbaues.

Der Oberbadische Weinbauverein hielt am Sonntag unter Leitung des Weinbauers Kraft-Schallstadt seine Generalversammlung ab. In dieser Versammlung machte Dr. Müller bemerkenswerte Ausführungen über die Lage des Weinbaues in Baden. Der Redner wies dabei auf den starken Rückgang der Rebfläche in Baden hin, eine Folge der verheerenden Wirkungen der Blattkrankheit. Durch den nunmaligen Ausfall von Elsas als deutsches Weingebiet, sei es für Baden eine Hauptaufgabe, die Weinproduktion möglichst zu erhöhen, um die Einfuhr von ausländischen Weinen auf ein Minimum herabzudrücken. Die frühere Regierung habe für den Weinbau wenig Unterstützung und Förderung übrig gelassen und doch zeige das Weinjahr 1918, daß dieser dem Land ganz beträchtliche Summen einbringe. Dr. Müller schätzte die Erträge des vergangenen Jahres auf 120.000.000 M. Er wünscht Zusammenfassung der einschlägigen Regierungs- und Ausführungsorgane unter eine einheitliche Leitung, Errichtung eines wissenschaftlichen Weinbauinstituts in Freiburg und Weinbauhochschulen an verschiedenen Plätzen der badischen Weinbaugebiete. Wenn sich zwar die Lage der Winzer gebessert habe, so sei gewiß nicht die Regierung daran schuld, sondern nur der hohe Weinpreis infolge des Krieges. Es sei auf die neue Regierung einzuwirken, daß zukünftig in Weinbaugesamtheiten nur badische Interessen gefördert würden. In der Marktsituation bestehe hauptsächlich ein großes Bedürfnis nach einer Rebe, die Quantitätswine liefert. Um mehr Ertrag zu bekommen, wäre ein Zusammenschluß aller badischen Weinbauvereine vonnöten. Der frühere Landtagsabg. Dr. Bock teilte mit, daß ein Aufruf zur Sammlung für ein Weinbauinstitut eingeleitet sei. Oekonomierat Vincken-Müllheim gab bekannt, daß sein wegen Kaus einer größeren Rebfläche in der Mühlheimer Gegend verhandelt. Dort soll eine staatliche Musterranlage geschaffen werden. Die Zurückhaltung der Regierung in der Hybridfrage sei darin zu suchen, daß wir noch wenig brauchbare Sorten hätten.

Mannheimer Effektenbörse.

Im Verkehr standen heute: Brauerei Eichbaum-Aktien und Aktien der Unionwerke Mannheim, beides zu höheren Kursen umgesetzt. Einzelne Industrie-Aktien weiterhin gebessert, wie Chem. Fabrik Goldenberg, Westeregeln und Zellstofffabrik Waldhof. Ferner wurden höher gefragt: Mannheimer Versicherungs-Aktien.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 20. März. (Pr.-Tel.) Nach den Kursbesserungen der letzten Tage machte sich eine Realisationsneigung geltend, so daß auf dem Montanaktienmarkt Preisrückbildungen, wenn auch geringen Umfangs, eintraten. Die führenden Aktien, wie Gelsenkirchen, Deutsch-Luxemburger, stellten sich etwas niedriger. Auf den übrigen Märkten blieb das Geschäft zurückhaltend, was vielfach auf die innerpolitische Lage und mit dem Abbruch der Verhandlungen in Posen in Zusammenhang gebracht wurde.

Etwas Geschäft war in Transportwerten, wo Lombarden weitere Beachtung fanden, Schantung mit 128 sich befestigten. Schiffahrtsaktien sind bei einiger Nachfrage etwas höher. Unter den Elektrizitätspapieren waren Deutsche Uebersee, auch Vorkaufaktien sowie Felten u. Quilnmann im Kurse gebessert. In chemischen Aktien blieb die Stimmung uneinheitlich bei sehr bescheidenen Umsätzen. Farbwerke Hochst fanden Beachtung.

Im freien Verkehr entwickelte sich ein lebhafterer Geschäft in Petroleumaktien, wobei Deutsche Petroleum mit 172 höher umgesetzt wurden. Deutsche Erdöl und Steam konnten ihre gestrige Steigerung nicht voll behaupten. Kalkaktien erzielten ebenfalls Kursgewinne Westeregeln und Deutsche Kalk waren bevorzugt. Für Zellstoff Waldhof machte sich bei anziehenden Kursen gute Aufnahmeanneigung geltend. Später trat auch für Ascherleben etwas Kaufinteresse hervor. Daimler Motoren und Adlerwerke Kleyer etwas befestigt.

Kursbesserungen überwiegen auch heute am Markte der mit Einheitskursen notierten Werken. Maschinenfabrik Eßlingen und Karlsruhe sowie Lederfabrik Spier wurden höher genannt. Am Rentenmarkt waren heimische Anleihen allgemein im Kurse behauptet. Der Kurs der Kriegsanleihen stellte sich auf 84,30. Ausländische Werke waren durchweg schwächer. So zeigten Mexikaner und chinesische Anleihen eine rückläufige Kursbewegung. Die Börse schloß befestigt. Privatskonto 3 1/2% und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 20. März. (W. B.) Die Börse war anfangs lustlos bei vorwiegend abgeschwächten Kursen. Als späterhin die optimistische Beurteilung des Schiffahrtsabkommens mit der Entente eine Aufwärtsbewegung der Schiffahrtsaktien verursachte, konnte am Industriemarkt eine allgemeine leichte Befestigung Platz greifen. Etwas gebessert waren Deutsche Erdöl, Petroleum- und Scheidemantel-Aktien, dagegen notierten türkische Tabak sowie Prinz Heinrich mehrere Prozent niedriger. Große Berliner Straßenbahn-Aktien stiegen auf Grund angeblicher Verstaatlichungsaussichten.

Am Anleihenmarkt waren deutsche Werke nicht voll behauptet, fremde wenig verändert. Von Schiffahrtsaktien blieben Hansa auch im späteren Verlauf bevorzugt.

Berlin, 20. März. (Devisenmarkt.)

Table with columns for Auszahlungen für: 20. and 19. with sub-columns Gold and Brief. Rows include Konstantinopel, Holland 100 Gulden, Dänemark 100 Kronen, Schweden 100 Kronen, Norwegen 100 Kronen, Schweiz 100 Franken, Oest.-Ungarn 100 Kronen, Spanien, Bulgarien 100 Leva, Helsingfors.

Aus Stadt und Land.

Deutschnationale Volkspartei.

Am 13. März fand eine sehr gut besuchte Frauenversammlung des neu ins Leben gerufenen Frauenarbeits-

Am 13. März fand eine sehr gut besuchte Frauenversammlung des neu ins Leben gerufenen Frauenarbeits-

Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag fand eine rege Diskussion statt, worauf zur Beratung der Dienst-

Pa. Die Sicherheitskommission des Arbeiterrats kann von einer recht erfolgreichen Tätigkeit ihrer Mannschaften berichten.

Amtliche Bekanntmachungen

Hauptführung von Deere & Co. bei der Wiederaufnahme des Bauwesens, dem Rückmarsch der Arbeit und ihrer Auslösung...

Am 13. März fand eine sehr gut besuchte Frauenversammlung des neu ins Leben gerufenen Frauenarbeits-

Bilder, 33 Eier und 20 Ra. Erbsen. Aus der Wohnung einer Schleichhändlerin wurden geholt: 4 Saft Wehl, 3 Saft Erbsen, 1 Saft Grieß, 55 Eier, 5 Pfund Butter und 16 Pfd. Nahrungsmittel.

Unfälle. Im Hause Althornstraße 33a fiel am 1. ds. Ms. ein 7 Monate altes Kind aus einem als Bioge benannten Korb und brach den rechten Arm.

Sachbeschädigung. Von noch unbekanntem Täter wurde in der Nacht vom 18. auf 19. ds. Ms. am Haus Nr. 1. 16 eine Scheinfenster Scheibe vorsätzlich zertrümmert und dem Eigentümer ein Schaden von 800 Mark zugefügt.

Aus dem Lande. Redargemünd, 19. März. Infolge einer schon vor einiger Zeit eingetretenen Witterungsänderung im Hebelberger Hospital der bekannte Leiter des Redargemünder Kurhauses, Kreisarzt Dr. Rudolph...

Sum Handelsregister B. Band XIV, D. 3. Firma Germania Gesellschaft. Maschinen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim wurde heute eingetragen.

Sum Handelsregister B. Band XV, D. 3. 11 wurde heute eingetragen: Firma „Gemeinschaftlicher Betrieb“ mit beschränkter Haftung, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen und Eisenwaren in Mannheim.

Sum Handelsregister B. Band II, D. 3. 25. Aufseheramt und Einlagen-Gesellschaft der Tapetarmeister in Mannheim, eingetragen.

Sum Handelsregister B. Band XIII, D. 3. 1. Firma Allgemeine Transport-Gesellschaft vorm. Gondrand & Kallal mit beschränkter Haftung in Mannheim als Zweig Niederlassung der Firma Allgemeine Transport-Gesellschaft vorm. Gondrand & Kallal in Berlin wurde heute eingetragen.

stigen. Unter den Verstorbenen befindet sich auch Apotheker Bernhard Lutter, der ein Alter von 80 Jahren erreicht hat. Sämtliche Schwestern sind wegen der Krankheit geschieden.

Offenburg, 15. März. In der letzten Woche sind am Mittwoch und Samstag die zwei Flügel mit Flüchtlingen aus Straßburg und Colmar hier eingetroffen. Wenn man die Erfahrungen der Leute hört, trauert es einem das Herz im Leibe zusammen, so viel Schmachliches haben die Flüchtlinge erdulden müssen.

Offenburg, 20. März. Von den hiesigen Bewohnern wurde schon mehrfach beobachtet, daß französische Offiziere in den Vogelsbüden der hiesigen Gegend auf die Jagd gehen. Am Dienstagabend kam ein hiesiger Einwohner im Urlofer See einen französischen Offizier in schwerem Verletzte Zustand.

Offenburg, 19. März. Beschlüsse der Ertrübnisse am letzten Mittwoch veröffentlichten im Volksblatt die Deutsche demokratische Partei, die Deutschnationale Partei, die Zentrumspartei, das Christliche Gewerkschaftsblatt, die Beamten- und Bergarbeitervereine, der Reichsbund der Kaufleute und Gewerbetreibenden, der Bauernverein, die landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft und der Grund- und Hausbesitzerverein eine gemeinsame Erklärung.

Offenburg, 15. März. Die Staatsanwaltschaft Freiburg ist mit einem größeren Gendarmenaufgebot in Bereich eingetroffen, um Erhebungen über die Gewalttätigkeiten zu machen, die in der Vorwoche gegen Bürgermeister Dr. Fugleier und die Schutzmannschaft der Stadt Offenburg verübt wurden.

Offenburg, 19. März. Die hiesige Stadtkommission wurde von der französischen Behörde wegen eines in der Nacht auf den 18. März von einer bis jetzt nicht ermittelten Polizeiperson auf einen französischen Offizier unternommenen tödlichen Angriffs eine Geldstrafe von 10 000 Mark auferlegt.

Offenburg, 19. März. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist auf 1859, die Zahl der Todesfälle auf 22 gestiegen.

Offenburg, 19. März. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist auf 1859, die Zahl der Todesfälle auf 22 gestiegen.

Offenburg, 19. März. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist auf 1859, die Zahl der Todesfälle auf 22 gestiegen.

Offenburg, 19. März. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist auf 1859, die Zahl der Todesfälle auf 22 gestiegen.

Heirat

Heirat. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Heirat

Heirat. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Heirat

Heirat. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Heirat

Heirat. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Heirat

Heirat. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Heirat

Heirat. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Geldverkehr

Geldverkehr. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Darlehen

Darlehen. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Ein!

Ein!. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

Mk. 50 000

Mk. 50 000. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

2000 M.

2000 M. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

verheiraten.

verheiraten. 1110e. Zufristen an mit Bild in. Dist. 1. A. R. 62 an die Geschäftsstelle.

